



APCS Power Clearing and Settlement AG
Alserbachstraße 14-16
1090 Wien
Österreich

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
wien.arbeiterkammer.at
DVR 0063673
ERREICHBAR MIT DER LINIE D

office@apcs.at

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
-	WP-Gst/Th/Ni	Josef Thoman	DW 12263	DW 412263	17.10.2018

Änderung des Preismechanismus sowie der Kostentragung von Ausgleichsenergie

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den Änderungen der Allgemeinen Bedingungen der Bilanzgruppenkoordinatoren¹ durch die Zentrale Verrechnungsstelle & Clearing Stelle von Ausgleichsenergie (APCS) sowie zum „Antrag auf Genehmigung eines zusätzlichen Abrechnungsmechanismus“² der Austrian Power Grid GmbH (APG). Die darin enthaltenen Änderungen und Vorhaben werden mit Vorgaben aus der Verordnung (EU) 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem, der sogenannten „Electricity Balancing Guideline“ (EBGL), begründet. Diese tritt mit 18.12.2018 in Kraft.

Insgesamt möchte die BAK zunächst festhalten:

- Aus demokratiepolitischer Sicht ist es abzulehnen, dass unter dem Titel „technische Regeln“ so weitreichende ökonomische und politische Entscheidungen herbeigeführt werden können.
- Die Regulierungsbehörde E-Control kann eine Ausnahme von den entsprechenden Regelungen der EBGL für höchstens zwei Jahre genehmigen. Für die BAK ist nicht nachvollziehbar, warum die APG dies nicht beantragt hat bzw. warum die E-Control hier nicht von Amts wegen aktiv wurde.
- Die vorliegenden Regelungen führen durch eine massive Entlastung der Stromerzeuger zu einer deutlichen Mehrbelastung der VerbraucherInnen.
- Die als Begründung herangezogene Anreizwirkung wird aufgrund nationaler Spezifika (Abwicklungsstelle für die Förderung der Ökostromanlagen – OeMAG) nicht erreicht.
- Der bisher wirksame, kostendämpfende Anreiz – durch eine Kostenbeteiligung der Erzeuger – wird wesentlich reduziert.

¹ Dies betrifft ausschließlich den Anhang Ausgleichsenergiebewirtschaftung

² Antrag auf Genehmigung eines zusätzlichen Abrechnungsmechanismus, gemäß Artikel 44(3) der Verordnung (EU) 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem

Dementsprechend fordert die BAK

- die APG und die E-Control auf, zu erläutern, warum von der Ausnahmeregelung kein Gebrauch gemacht wurde.
- die Kosten für die Tertiärregelung den Erzeugern zuzuordnen. Dies gilt sowohl für das „Übergangsmodell“ als auch für die künftige gesetzliche Regelung.
- die APG und die E-Control auf, sich dafür einzusetzen, dass ausreichend Grenzkapazitäten für den Regelenergiemarkt in Österreich reserviert werden.
- die Mehrerlöse an die betroffenen ZahlerInnen entsprechend deren individueller Mehrbelastung zurückzuführen. Nach Ansicht der BAK hat dabei die Aufteilung der Rückerstattung gemäß dem Aufbringungsmechanismus für die Ökostrompauschale und den Ökostromförderbeitrag zu erfolgen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert.
- den Gesetzgeber auf, im Zuge einer Gesetzesnovelle wieder eine entsprechende Systemkostenbeteiligung der Erzeuger sicherzustellen und effektive Anreize zu schaffen, die hohen Regelenergiepreisen entgegenwirken.

Vorbemerkung

Aus demokratiepolitischer Sicht ist es abzulehnen, dass die auf europäischer Ebene zwischen den Übertragungsnetzbetreibern (ENTSO-E) und den Regulierungsbehörden abgestimmten „technischen Bestimmungen“ so weitreichende ökonomische und politische Auswirkungen auf nationaler Ebene entfalten. Die BAK hat bereits in der Vergangenheit mehrmals – sowohl auf österreichischer als auch auf europäischer Ebene – vor einer solchen „Privatisierung der Rechtssetzung“ gewarnt. Die nun von der APG und der APCS in Abstimmung mit der österreichischen Regulierungsbehörde E-Control geplanten Änderungen zeigen, dass die so genannten „Guidelines“ nicht nur im Widerspruch zur gültigen nationalen Gesetzgebung stehen, sondern auch das Prinzip der Subsidiarität in Frage stellen.

Aus Sicht der BAK ist dabei die Vorgehensweise von E-Control, APG und APCS nur bedingt nachvollziehbar. So wird etwa argumentiert, dass Änderungen aufgrund der Vorgaben aus der EBGL unbedingt notwendig seien. Tatsächlich kann die Regulierungsbehörde gemäß Artikel 62 EBGL jedoch eine Ausnahme von den entsprechenden Regelungen für höchstens 2 Jahre genehmigen. Die Nutzung der Möglichkeit einer solchen Ausnahme würde dazu führen, dass ausreichend Zeit wäre, um eine neue gesetzliche Regelung durch Änderungen im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (ELWOG 2010) abzuwarten. Dies hätte auch den Vorteil, dass etwaige Entscheidungen durch den Gesetzgeber getroffen würden.

Aus diesem Grund ersucht die BAK die APG um **Erläuterung, warum kein solcher Antrag gestellt wurde**. Gleichzeitig ersucht die BAK die E-Control um Erläuterung, **warum die Behörde in dieser Frage nicht von Amts wegen aktiv wurde bzw. welche Umstände vorlagen, die es für die APG als sicher erscheinen ließen, dass ein solcher Antrag abgelehnt worden wäre**.

Im konkreten Fall führen die umzusetzenden Vorgaben aus der „Electricity Balancing Guideline“ schlichtweg zu einer massiven Umverteilung der Kosten von den Stromerzeugern zu den VerbraucherInnen. Gleichzeitig wird die unterstellte verbesserte Anreizwirkung – aufgrund nationaler Spezifika – nicht erreicht.

Für die BAK ist die damit verbundene Entlastung der Erzeuger, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen makroökonomischen und energiepolitischen Entwicklung, nicht nachzuvollziehen. So profitieren die Stromerzeuger derzeit nicht nur von steigenden Großhandelspreisen und anhaltend hohem Redispatch-Bedarf, sondern auch von der Teilung der deutsch-österreichischen Strompreiszone – welche wiederum zu höheren Großhandels- und Regelenergiepreisen führt.

Im Folgenden fordert die BAK die beteiligten Institutionen, APG, APCS, E-Control sowie den Gesetzgeber daher auf, die Auswirkungen der umzusetzenden EBGL so gering wie möglich zu halten und nicht Regelungen zu treffen, die über die verpflichtenden Vorgaben hinausgehen.

Zum Inhalt

Die Menge von ins Stromnetz eingespeister und daraus entnommener Energie muss zu jedem Zeitpunkt gleich sein. Das bedeutet, dass Einspeise- und Entnahmeschwankungen stets ausgeglichen werden müssen. Dieser Ausgleich erfolgt, indem entweder StromverbraucherInnen ihren Leistungsbezug – oder Kraftwerke ihre Leistungseinspeisung anpassen. Dabei wird zwischen drei unterschiedlichen Regelenergieressourcen unterschieden, die zeitlich versetzt abgerufen werden. Zunächst kommt die Primärregelung zum Einsatz (innerhalb von 30 Sekunden). Sie wird von der Sekundärregelung (innerhalb 5 Minuten) abgelöst, und darauf folgt die Tertiärregelung/Minutenreserve (nach 10 Minuten).

Durch EU-Vorgaben besteht für Österreich mit 01.01.2019 Änderungsbedarf. Dies betrifft im Besonderen die Bepreisung des Abrufs von Sekundärregelenergie sowie deren Kostentragung.

Die Kosten für die Sekundärregelung werden derzeit zu 78% über das Systemdienstleistungs-entgelt (SDL) verrechnet. Dieses wird von den Stromerzeugern (ab 5 MW Leistung) getragen. Der Rest wird über die Verrechnung der Ausgleichsenergie durch die Bilanzgruppen aufgebracht. Mit 18.12.2018 tritt nun die Verordnung (EU) 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem („Electricity Balancing Guideline“ – EBGL) in Kraft. Die daraus resultierenden Vorgaben führen dazu, dass die oben beschriebene, so genannte „78:22-Regelung“ nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Aber auch der bisher angewendete Preismechanismus für die Berechnung der Kosten für die Beschaffung der Sekundärregelung entspricht nicht den europäischen Vorgaben und muss dementsprechend geändert werden. APG und APCS haben daher unter Einbeziehung der Regulierungsbehörde E-Control ein neues Ausgleichsenergiepreismodell sowie eine neue Form der Kostentragung betreffend die Regelreservekosten konzipiert, welche die EU-Vorgaben der EBGL erfüllt und gleichzeitig nicht den nationalen Vorschriften des Elektrizitätswirtschafts- und

-organisationsgesetzes (ELWOG 2010) widerspricht. Dieses Modell wird als „Übergangsmodell“ bis zur Novelle des ELWOG 2010 bezeichnet. **Das Übergangsmodell soll mit 01.01.2019 in Kraft treten und führt zu einer Verschiebung der Kosten von den Stromerzeugern hin zu den privaten Haushalten sowie zu kleineren und mittleren Gewerbetunden.** Ab 2020/2021 soll dieses Modell von einem neuen nationalen Rechtsrahmen (Zielmodell) abgelöst werden.

Zu den einzelnen Regelungen im Detail:

Ausgleichsenergiepreis (Sekundärregelung)

Bisher werden die Kosten für Sekundärregelung ex-post ermittelt. 78% der Kosten werden über das Systemdienstleistungsentgelt den Erzeugern (größer 5 MW) zugerechnet. Der verbleibende Rest wird über eine Preisformel (Ausgleichsenergiepreissystem) den Bilanzgruppen zugeteilt. Kostensenkend wirkt hierbei die so genannte Imbalance Netting Cooperation: Dabei wird eine Saldierung des Sekundärregelenergiebedarfs zwischen mehreren Ländern (Regelzonen) durchgeführt (Netting). Die so errechneten Salden brachten zuletzt Einsparungen von rund 20% der Ausgleichsenergiekosten. Aufgrund der Vorgaben aus der EBGL werden die Kosten künftig allerdings nach einer neuen Preisformel und nicht mehr ex-post, sondern unmittelbar verrechnet. Gleichzeitig darf das Netting in Zukunft nicht mehr preissenkend in die Preisformel einfließen. **Dadurch kommt es zu deutlich höheren Regelenenergiepreisen.** Das Netting findet weiterhin statt, allerdings dürfen die ZahlerInnen der Regelenenergie davon jedoch nicht mehr profitieren. Dadurch entstehen Mehrerlöse, welche bei der APG anfallen (siehe dazu Absatz zum Thema Sonderkonto).

Kostentragung

Künftig sind alle Kosten für Regelarbeit (also für den Abruf der Energiemenge, nicht aber für die vorgehaltene Leistung) von den Bilanzgruppen zu tragen. Die bisher bestehende 78%-Regelung wird damit weitgehend obsolet. Damit führen die von den europäischen Übertragungsnetzbetreibern festgelegten sogenannten „technischen“ Regeln der „**Electricity Balancing Guideline (GBGL)**“ **zu einer signifikanten Entlastung der Stromerzeuger.** Das Ausmaß dieser Entlastung kann nur schwer abgeschätzt werden. Werden die Kosten der vergangenen Jahre betrachtet, so ist von einer Kosteneinsparung in der Höhe von mindestens 50 Mio. Euro jährlich auszugehen. Seit der Teilung der deutsch-österreichischen Strompreiszone sind die Ausgleichsenergiekosten jedoch massiv gestiegen. Dies lässt befürchten, dass die Kosten auf über 200 Mio. Euro jährlich ansteigen könnten.

Diese Kosten haben hinkünftig die Bilanzgruppen zu tragen. Besonders betroffen sind davon jene Bilanzgruppen, die große Mengen an Regelenenergie in Anspruch nehmen müssen. Dies **betrifft besonders die Bilanzgruppe der OeMAG.** Die dort anfallenden **Mehrkosten, also auch die Ausgleichsenergiekosten, werden – über die Ökostromförderung – auf die StromverbraucherInnen** (zum überwiegenden Teil private Haushalte) **übergewälzt.**

Die Umstellung der Kostentragung in der Regelenenergie wird damit argumentiert, dass die Verursacher des Regelenenergiebedarfs die Kosten selbst tragen, und so ein stärkerer Anreiz zur Vermeidung von Regelenenergiebedarf bestehen würde. Doch tatsächlich kann die geplante Regelung in Österreich keine wesentliche Verbesserung bringen. Geförderte Ökostromanlagen tragen ihre Regelenenergiekosten derzeit nicht selbst und werden dies auch nach der geplanten Regelung nicht tun. Ganz im Gegenteil: Die Kosten sind von den StromverbraucherInnen – über den Ökostromförderbeitrag und die Ökostrompauschale – zu zahlen. Das heißt, für diese Ökostrom-Anlagenbetreiber besteht auch in Zukunft keinerlei Anreiz zur Vermeidung von Ausgleichsenergiekosten.

Aus Sicht der BAK besteht aufgrund von Fehlentwicklungen Handlungsbedarf für den österreichischen Gesetzgeber: Es gilt, die Bündelung vieler volatiler Stromerzeugungsanlagen in nur einer Bilanzgruppe (OeMAG) zu hinterfragen. Außerdem muss eine neue Struktur geschaffen werden, die **eine Systemkostenbeteiligung** aller Systemnutzer, auch **der** nun stark entlasteten **Erzeuger, sicherstellt und Anreize setzt, die den hohen Regelenenergiepreisen entgegenwirken.**

Sonderkonto

Wie bereits beschrieben, führt der neue Preismechanismus zu Mehrerlösen. Aufgrund historischer Daten ist davon auszugehen, dass diese Mehrerlöse rund 20 bis 25 Mio. Euro betragen werden. Mit den zuletzt beobachteten massiven Anstieg der Regelenenergiekosten um mehr als das Dreifache dürften jedoch auch diese Mehrerlöse entsprechend höher ausfallen. Da die Mehrerlöse bei der APG anfallen, müssen diese gemäß EBGL an die NetznutzerInnen weitergegeben werden. Die APG hat auf Empfehlung der E-Control die Einrichtung eines Sonderkontos beantragt, auf das die Mehrerlöse bis zur Schaffung einer gesetzlichen Lösung fließen sollen.

Aus Sicht der BAK **handelt es sich bei diesen Mehrerlösen um Gelder, welche von privaten Haushalten, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft aufgebracht werden.** Der weit- aus überwiegende Teil der Kosten fällt in der Bilanzgruppe OeMAG an. Die Gelder werden also über die Ökostrompauschale und den Ökostromförderbeitrag durch die StromverbraucherInnen aufgebracht. Aus Sicht der BAK müssen daher die Mehrerlöse auch entsprechend dem für die Ökostrompauschale und den Ökostromförderbeitrag angewendeten Schlüssel an die ZahlerInnen rückerstattet werden. **Der Gesetzgeber ist gefordert, eine Regelung für eine solche Rückführung zu schaffen.**

Zusätzlicher Aufbringungsmechanismus

Die Kosten für die Leistungsvorhaltung müssen nicht den Bilanzgruppen zugeordnet werden und sind daher weiterhin von den Erzeugern (größer als 5 MW) aufzubringen. Dies gilt aber nicht für die Tertiärregelungskosten. Die Verrechnung der Tertiärregelungskosten erfolgte bisher über die Ausgleichsenergie. Auch diese Regelung ist durch die EBGL künftig

nicht mehr möglich. Mithilfe eines sogenannten „zusätzlichen Abrechnungsmechanismus“ (ZAM) sollen die Tertiärregelenergiekosten nun den Bilanzgruppen verrechnet werden. Die Verrechnung soll auf Basis der Erzeugungs- und Verbrauchsumsätze erfolgen.

Aus Sicht der BAK ist die **Ausgestaltung des vorgeschlagenen zusätzlichen Abrechnungsmechanismus weder nachvollziehbar noch sachlich gerechtfertigt**. Mit der Neuregelung der Kostentragung werden die Leistungskomponenten (Primärregelleistung, Sekundärregelleistung, Ausfallsreserveleistung) den Erzeugern zugeordnet. Die Arbeitskomponenten (Sekundärregelenergie, Ausfallsreserveenergie, Tertiärregelenergie) werden hingegen den Bilanzgruppen zugeteilt. Für die Kostentragung der die Tertiärregelleistung gibt es hingegen keine einschränkenden Vorgaben. Gemäß der hier angewandten Logik sollten daher alle Leistungskomponenten, also auch jene für die Tertiärregelleistung den Erzeugern zugeordnet werden.

Dies gilt umso mehr, als die Erzeuger durch die bevorstehende Neuregelung wesentlich entlastet werden. Die Kosten der Tertiärregelleistung machen mit weniger als 5 Mio. Euro jährlich nicht einmal ein Zehntel dieser Entlastung aus. Dass den Bilanzgruppen – und damit insbesondere den **StromverbraucherInnen** – trotz massiver Mehrbelastung nun **noch weitere Kosten aufgebürdet werden sollen, ist sachlich nicht gerechtfertigt und kategorisch abzulehnen**.

Aktuelle Entwicklung der Ausgleichsenergiekosten

Mit der Teilung der deutsch-österreichischen Strompreiszone am 1. Oktober 2018 sind die Kosten für Ausgleichsenergie auf mehr als das Dreifache des Vorjahreswertes gestiegen. **Sollte dieses Kostenniveau aufrecht bleiben, so ist von Kosten idHv. mehr als 200 Mio. Euro jährlich auszugehen**. Während die Erzeuger als Anbieter von Regelenergie von dieser Entwicklung profitieren, müssen – wie bereits erwähnt – insbesondere die StromverbraucherInnen mit einer erheblichen Kostenbelastung rechnen.

Wesentlicher Grund dafür dürfte sein, dass es durch die Strompreiszonenteilung keinen gemeinsamen deutsch-österreichischen Regelenergiemarkt mehr gibt. Dementsprechend können günstige Regelenergieanbieter des Auslandes nicht mehr als Anbieter in Österreich auftreten. Dadurch verringert sich die Anzahl der Anbieter und damit auch die Marktliquidität in Österreich, was wiederum zu höheren Preisen führt.

Aus Sicht der BAK ist es daher **notwendig**, dass ausreichend **Grenzkapazitäten für den Regelenergiemarkt reserviert werden**. Hier sind die E-Control und die APG gefordert, dies auch gegenüber Deutschland und anderen internationalen Partnern einzufordern. Grundsätzlich sind Marktentwicklungen in Folge der Preiszonenteilung unter besondere wettbewerbsrechtliche Beobachtung zu stellen, um bei wettbewerbswidrigem Verhalten, wie z.B. Marktmissbrauch oder Absprachen, rasch eingreifen zu können. Dies gilt im Besonderen auch für den Regelenergiemarkt.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anmerkungen und um die aktive Einbindung in den weiteren Prozess.

Renate Anderl
Präsident
F.d.R.d.A.

Maria Kubitschek
i.V. des Direktors
F.d.R.d.A.

Ergeht auch an:

- Austria Power Grid (APG)
- Energie-Control Austria
- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT)